

Appell in Solidarität mit Geflüchteten in der Schweiz und an den EU-Aussengrenzen unterschreiben

In Zeiten von Corona wird von weiten Teilen der Politik und der Bevölkerung Solidarität eingefordert. Gleichzeitig werden die Grenzen zu Europa für flüchtende Menschen geschlossen. Für sie ist es nicht mehr möglich, Asyl in Europa zu beantragen. Doch Corona kennt keine Grenzen und es ist menschenverachtend, Solidarität nur für die Menschen in der Schweiz und in der EU zu fordern und anderen Menschen ausserhalb der europäischen Grenzen zu vergessen. Dort spielen sich täglich menschliche Tragödien ab: Im türkisch-griechischen Grenzgebiet harren derzeit tausende geflüchtete Menschen vor geschlossenen EU-Grenzen aus. Ihnen werden grundlegende Rechte verwehrt, sie werden von der Polizei oder von Rechten brutal zusammengeschlagen oder illegal zurück in die Türkei abgeschoben. In den sogenannten Hotspot-Camps auf den griechischen Inseln leben tausende Menschen zusammengedrückt und unter widrigsten Bedingungen. Sämtliche Sicherheits- und Hygienemassnahmen, die in der Schweiz aus Solidarität eingefordert werden, lassen sich in den Camps schlicht nicht umsetzen. In einigen Bereichen des Camps Moria auf Lesbos gibt es nur eine einzige Wasserzapfstelle für 1.300 Bewohner*innen und Seife ist nicht erhältlich. Fünf- oder sechsköpfige Familien müssen auf lediglich drei Quadratmetern Fläche schlafen. Spätestens jetzt wäre es also an der Zeit, die Camps zu evakuieren und die Grenzen zu öffnen!

Es ist grundsätzlich gut, wenn in einer Situation wie dieser gewisse Massnahmen getroffen werden, damit möglichst viele Menschen geschützt werden. Doch wir fordern, dass alle Menschen den gleichen Schutz erfahren dürfen. Das bedeutet, dass Grenzen nicht einfach geschlossen werden können, nur weil das für die Menschen in der Schweiz mehr Sicherheit bringt. Denn auf der anderen Seite der Grenze sind auch Menschen und die haben genau dasselbe Recht auf Schutz, Sicherheit und Freiheit. Wir fordern deshalb den Bundesrat auf, unverzüglich allen betroffenen Personen im griechisch-türkischen Grenzgebiet einen Ausweis S (Schutzbedürftige) zu gewähren, damit sie sofortigen Schutz erhalten und direkt in die Schweiz einreisen können.

Nicht nur an den europäischen Aussengrenzen, sondern auch in der Schweiz ist die Situation für geflüchtete Menschen unter Corona noch schwieriger als sonst. Erstens ist die Isolation in den Asylcamps noch stärker als unter normalen Bedingungen, weil es an vielen Orten einen Besuchsstopp gibt. Die Menschen müssen zudem auf engstem Raum zusammenleben, während gleichzeitig allen anderen Menschen empfohlen wird, sich nicht mehr in grösseren Gruppen zu bewegen. Zweitens haben fast alle Rechtsberatungsstellen und Anwaltsbüros den Betrieb zur Zeit eingestellt und der Rechtsschutz in den Bundesasylzentren ist stark eingeschränkt. Gleichzeitig werden immer noch Asylentscheide gefällt. Gerade seit dem neuen Asylgesetz ist bekannt, dass viele Asylentscheide zu Unrecht negativ ausfallen und später vor Bundesverwaltungsgericht, mithilfe einer Anwältin oder eines Anwaltes, positiv angefochten werden können. Unter den derzeitigen Bedingungen ist die Rechtsweggarantie nicht mehr gewährleistet und Asylsuchende können sich bei einem negativen Entscheid juristisch nicht mehr genügend zur Wehr setzen. Gerade bei einem so hohen Anteil falscher Entscheide, ist dies unhaltbar. Wir fordern deshalb ein sofortiges Entscheidmatorium (was bedeutet, dass im Moment keine Asylentscheide gefällt werden dürfen).

Wir haben diese beiden Forderungen an den Bundesrat und das Staatssekretariat für Migration (SEM) in einem Brief formuliert. Wenn auch Sie diese zwei Forderungen unterstützen, dann unterschreiben Sie doch den beigelegten Brief und schicken ihn an das zuständige Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. Auf diesem Weg wollen wir möglichst viel politischen Druck ausüben, damit die beiden solidarischen Forderungen umgesetzt werden.

Postadresse des zuständigen Departements:

Karin Keller Sutter und Mario Gattiker
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern